

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 10 (1988)
Heft: 39

Artikel: Global denken - lokal handeln
Autor: Hauff, Volker
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-653272>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Global denken – lokal handeln

von Volker Hauff

Seit dem Beginn menschlichen Lebens sind einige hunderttausend Jahre vergangen. Zivilisationen und Kulturen kamen und gingen. Aber die Zukunft menschlichen Lebens und die Bewohnbarkeit unseres Planeten waren in dieser Zeit nie grundsätzlich in Frage gestellt. Dies hat sich in unserer Generation grundlegend geändert. Das gilt vor allem für die Belastung und Zerstörung der Natur. Über Jahrhunderte ging es darum, die Menschen vor den Gefahren der Ozeane zu schützen; heute geht es auch darum, die Ozeane vor den Menschen zu schützen. Die Schädigung unserer Umwelt schreitet global voran.

Seveso und Bhopal, Tschernobyl, Zerstörung der tropischen Regenwälder, Zerstörung der Ozonschicht, Aufheizung des Erdklimas, ökologisches Absterben ganzer Meere wie die Nordsee sind die sichtbaren Zeichen dafür.

Die Herausforderung für die Politik lautet deshalb, dieser Entwicklung zu begegnen und eine Politik zu beginnen, die eine »dauerhafte Entwicklung« einleitet. Denn allein in diesem Jahrhundert wuchs die Weltbevölkerung von 1,6 Mrd. auf 5 Mrd., und in der kommenden Generation wird sich die Zahl nochmal verdoppeln. Die Nutzung fossiler Brennstoffe hat sich in diesem Jahrhundert nahezu verdreißigfacht, die Industrieproduktion stieg um mehr als das 50fache. In allen genannten Beispielen fällt der Großteil des Wachstums in die Zeit nach 1950. Allein der jährliche Zuwachs der Industrieproduktion ist heute so hoch wie die gesamte Industrieproduktion Europas Ende der 30er Jahre. Für landwirtschaftliche Ansiedlungen wurde in den vergangenen 100 Jahren mehr Land gerodet als in der gesamten vorherigen Menschheitsgeschichte.

Von tropischen Regenwäldern bedeckt ist von ursprünglich 16 Mio. km² inzwischen nur noch eine Fläche von 9 Mio. km². Damit verbunden ist die Gefahr eines massenhaften Artensterbens. Auch bei der Energieversorgung tragen vor allem die Industrieländer eine besondere Verantwortung. Die Industrieländer verbrauchen drei Viertel der Energierohstoffe der Erde, sie haben einen Pro-Kopf-Energieverbrauch, der zehnmal so hoch ist wie in den Entwicklungsländern. Deshalb müssen wir die Energierohstoffe und alle Energiequellen erheblich sparsamer und effektiver nutzen und vor allem erneuerbare Energiequellen entwickeln.

Das bedeutet: Wer dagegen glaubt, der Energieverbrauch der Entwicklungsländer ließe sich im Laufe des nächsten Jahrhunderts an den Energieverbrauch der Industrieländer angleichen, der müßte den Gesamtverbrauch an Energie in der Welt verfünffachen. Dies ist ökologisch nicht verantwortbar und wirtschaftlich nicht bezahlbar.

Hauptaufgabe einer ökonomisch modernen Umweltpolitik ist es deshalb nicht nur, Gefahren von Menschen und Naturhaushalt abzuwehren, sondern den Strukturwandel der Wirtschaft zu unterstützen und die richtigen Investitionen zu beschleunigen, damit Umweltschutz und ökonomische Entwicklung gleichzeitig vorankommen. Nur diese Verbindung von ökonomischen und ökologi-

schen Zielen kann die entscheidende Wende einleiten, die Regenerationsfähigkeit der Natur zu erhalten.

Umweltpolitik muß vor allem Vorsorgepolitik sein, die den Zusammenhang natürlicher Kreisläufe erkennt und schützt. Die ökologische Umorientierung und Erneuerung unserer Volkswirtschaft muß reichen von der Produktidee und der Produktplanung über den Produktionsprozeß bis hin zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung der verbrauchten Stoffe. Sie muß alle wirtschaftlichen Abläufe bestimmen und durchdringen, und sie muß die Verhaltensweisen **aller** Unternehmer, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Ingenieure und Verbraucher erreichen.

Der Produktionsfaktor Natur ist im Gegensatz zu den klassischen Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit bis heute als nahezu unerschöpflich behandelt worden. Wohlstandszuwächse wurden in der Regel auf Kosten der Natur verteilt. Die bisherige Umweltpolitik hat wenig dazu beigetragen, die Kosten der Umweltzerstörung in den Produktionsprozeß zu integrieren.

Die Umweltpolitik, die sich auf jeweils ein Umweltmedium – Luft, Wasser, Boden, Abfall – konzentriert, verlagert nur zu oft das Umweltproblem von dem einen Medium auf das andere. Deshalb muß die Orientierung der Umweltpolitik endlich von den Füßen auf den Kopf gestellt werden. Das bedeutet: Das ökologisch Notwendige muß zum Prinzip ökonomischen Handelns werden.

Schutz und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen müssen genauso Ziele der Wirtschaftspolitik sein wie Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Hauptaufgabe einer ökonomisch modernen Umweltpolitik ist es nicht nur, Gefahren von Menschen und Naturhaushalt abzuwehren, sondern den Strukturwandel der Wirtschaft an den richtigen Stellen zu unterstützen und die richtigen Investitionen zu beschleunigen, damit Umweltschutz und ökonomische Entwicklung gleichzeitig vorankommen.

Umweltpolitik in diesem Sinne ist aktive Industriepolitik, bei der das ökologisch Notwendige in ökonomische Motivation umgesetzt wird. Der ökologisch forcierte Strukturwandel hat das Ziel, daß künftig mit weniger Ressourcen, weniger Emissionen, weniger Abfällen und mit geringeren Risiken produziert wird.

Umweltgüter entziehen sich einer rein marktwirtschaftlichen Steuerung, was die Notwendigkeit staatlichen Handelns begründet. Aufgabe und Grenze staatlichen Handelns besteht darin, intelligente Anstöße für technische, organisatorische und wissenschaftliche Innovationen zu geben.

Zukünftig muß die Umweltpolitik der Wirtschaft eine aktive Rolle einräumen: Es gibt in unserer Wirtschaft viele umweltbewußte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und Manager, die zur Verbesserung der Umwelt beitragen können und wollen. Staatliche Umweltpolitik muß die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß sich dieser Sachverstand zum Nutzen der Umwelt und der Wirtschaft entfalten kann.

Das Ordnungsrecht im Umweltschutz ist nicht prinzipiell besser als andere Instrumente des Umweltschutzes. Diesem Politikansatz entspricht eine Umweltpolitik, die neben dem Ordnungsrecht auf den folgenden drei Säulen ruht:



Klaus Duschat: »Keilbogen«, Stahl

- ▷ Das Eigeninteresse der Wirtschaft stärken – Integration der Umweltkosten in die Produktionskosten
- ▷ Bürgerrechte für den Umweltschutz verwirklichen – das Prinzip der Gegenmacht
- ▷ Öffentliche Gelder für den ökologischen Strukturwandel einsetzen.

Wer das Eigeninteresse der Unternehmen stärken will, muß dafür sorgen, daß der Verursacher alle Kosten und Konsequenzen trägt, die aus dem Verbrauch des knappen Gutes Umwelt entstehen.

Wer wirtschaftliche Wege zur Bewältigung des ökologischen Strukturwandels geht, muß sich daran erinnern, daß der Preis zwar kein zureichender, aber doch recht brauchbarer Indikator für Knappheiten und auch ein recht brauchbares Lenkungsinstrument ist. Unter ökologischen Aspekten ist unser Preisgefüge in Unordnung.

Wichtigstes wirtschaftliches Instrument im Umweltschutz ist deshalb die Festsetzung von Preisen für die Nutzung von Umweltressourcen. Dazu zählen insbesondere Umweltabgaben und Umweltsteuern.

Der Produktionsfaktor Umwelt muß »entlohnt« werden in einer Höhe, die seine Regenerationsfähigkeit sichert. Kapital und Arbeit dürfen nicht mehr auf Kosten der Natur »ökologische Renditen« erhalten. Die Politik muß die umweltpolitischen Instrumente setzen und die Industrie dazu veranlassen, über: Umweltsteuern, Umweltabgaben, ein verändertes Haftungsrecht, Umweltverträglichkeitsprüfung, Offenlegungspflichten und aktive Bürgerbeteiligung, die Umweltkosten in die Produktionskosten zu internalisieren. ♦

Volker Hauff (SPD) ist Mitglied des Bundestages und war vom Februar 1978 bis November 1980 Bundesminister für Forschung und Technologie.